



Faktenblatt 2

Donnerstag, 21. Februar 2008

Umsetzung der schweizerischen Klimapolitik: Strukturen werden gestärkt

Die Klimakonferenz auf Bali Ende 2007 hat deutlich gezeigt, dass alle Staaten ihre Klimapolitik in den Bereichen Emissionsverminderung, Anpassung, Technologietransfer und Finanzierung intensivieren müssen. Moritz Leuenberger hat in Bali ein Finanzierungsmodell vorgestellt, mit dessen Hilfe die in den Entwicklungsländern benötigten Mittel für Anpassungsmassnahmen beschafft werden können. Zur Verbesserung der Strukturen der schweizerischen Klimapolitik hat der Bundesrat am 20. Februar 2008 beschlossen, einen Interdepartementalen Ausschuss Klima ins Leben zu rufen, der mit Koordinationsaufgaben und mit der Abklärung der Bedürfnisse betraut ist. Zudem will der Bundesrat zu einem späteren Zeitpunkt eine Aussprache führen über die Finanzierung von Anpassungsmassnahmen auf internationaler Ebene.

Wichtigkeit der Anpassung

Besonderes Gewicht wurde an der Konferenz von Bali den bedeutenden technologischen und finanziellen Mitteln beigemessen, die benötigt werden, damit sich die Entwicklungsländer an die Klimaänderungen anpassen können. Die negativen Auswirkungen des Klimawandels werden mittlerweile spürbar. Aufgrund der trägen Reaktion des Klimasystems werden sie selbst dann mit Sicherheit eintreten, wenn die Emissionen in Zukunft gesenkt werden.

Zwecks Gewährleistung der Finanzierung der Anpassung schlägt die Schweiz die Errichtung eines Mechanismus vor, der entsprechend dem Verursacherprinzip auf die globale Erhebung einer bescheidenen Abgabe auf jede ausgestossene Tonne CO₂ abzielt. Auf diese Weise könnten die Gelder zur Finanzierung der Anpassungsmassnahmen bereitgestellt werden, wobei der Mitteltransfer in die Entwicklungsländer begünstigt werden soll (siehe Kasten).

Stärkung der klimapolitischen Strukturen

Die Verpflichtungen aller Länder und insbesondere der Schweiz, die sich aus der Klimakonvention und dem Kyoto-Protokoll ergeben, werden laufend konkretisiert und entsprechend den bisherigen Erfahrungen und den neu identifizierten Bedürfnissen

weiterentwickelt. Eine ernsthafte Klimapolitik, die neben der Emissionsverringerung auf nationaler und internationaler Ebene auch die Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern berücksichtigt, verlangt nach einer Aufstockung der verfügbaren Mittel und einer Straffung der Abläufe innerhalb der Bundesverwaltung. Zudem muss der Dialog über diese Klimapolitik mit den nationalen und internationalen Partnern – namentlich aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft – gewährleistet sein.

Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, durch die Schaffung eines Interdepartementalen Ausschusses Klima die klimapolitischen Strukturen zu stärken. Aufgabe des Ausschusses wird es insbesondere sein, die Koordination zwischen den verschiedenen beteiligten Departementen sicherzustellen und die Bedürfnisse abzuklären.

Auskünfte

- Thomas Stadler, BAFU, 031 322 93 30